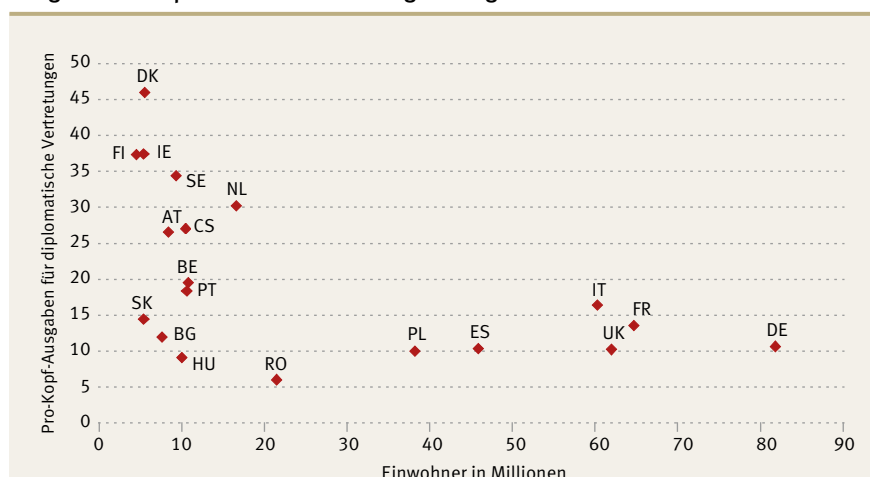


## Mit Hilfe der Europäischen Union könnten die Mitgliedstaaten Milliarden einsparen

Die Europäische Union (EU) könnte ihren Mitgliedstaaten beim Sparen helfen. Geld sparen ließe sich etwa durch die Etablierung gemeinsamer EU-Außenvertretungen oder einer europäischen Armee. Dies sind zentrale Erkenntnisse einer aktuellen Studie, die das ZEW gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung erarbeitet hat.

### Ausgaben für diplomatische Vertretungen ausgewählter EU-Länder



Lesehilfe: Die Grafik stellt die Pro-Kopf-Ausgaben ausgewählter EU-Länder für diplomatische Vertretungen dar und setzt diese in Bezug zur Einwohnerzahl der jeweiligen Länder. Es zeigt sich ein klarer negativer Zusammenhang, das heißt je mehr Einwohner ein Land hat, desto geringer sind seine Pro-Kopf-Kosten. Ausgehend von diesem negativen Zusammenhang ermittelt die Studie großes Sparpotenzial für alle EU-Länder, wenn sich diese bei einer EU-Gesamtbevölkerung von über 500 Millionen Menschen für eine gemeinsame EU-Außenvertretung entscheiden würden. Quelle: ZEW

In ihrer Studie befassen sich die Forscher mit drei Politikbereichen, von denen einer – die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – seit langem eine große Rolle im EU-Haushalt spielt, und die beiden anderen – Außenvertretungen und Verteidigung – noch Zukunftsmusik sind. Die gemeinsame Frage für diese Politikfelder lautet, inwieweit Europa einen „Mehrwert“ schaffen und die gleiche Leistung für weniger Geld anbieten kann, als dies bislang die Nationalstaaten tun.

Die Studie macht deutlich, dass Europa nicht unbedingt zu wenig Geld ausgibt, jedoch mit seinem Geld einen zu ge-

ringen Mehrwert schafft. Für die Agrarpolitik, die immer wieder als Subventionsgrab kritisiert wird, mag die Suche nach einem „europäischen Mehrwert“ überraschen. Indessen könnte sie insoweit sinnvoll sein, dass sie hilft, kostspielige nationale Subventionswettläufe zu verhindern. Tatsächlich zeigt die modellgestützte empirische Analyse der Wissenschaftler, dass bei einer Renationalisierung der Agrarpolitik nicht mit geringeren Gesamtkosten zu rechnen wäre. Somit finden sich zwar keine Belege für einen echten EU-Mehrwert, aber immerhin auch keinerlei Hinweise auf unnötig hohe Kosten.

Überzeugende Hinweise auf eine echte Rendite bei einer europäischen Bereitstellung lassen sich indessen für gemeinsame europäische Botschaften und Konsulate finden. Hier sind Einsparungen von sechs bis 19 Prozent der heutigen Kosten vorstellbar, wenn die EU-Staaten sich auf „Botschaften mit 28 Flaggen“ einlassen würden. Somit könnten die jährlichen Ausgaben um bis zu 1,3 Milliarden Euro gedrückt werden. Dabei berücksichtigen die Berechnungen sogar, dass solche Botschaften weiterhin für Sprachen oder für die Pflege nationaler Sonderinteressen besonderes Personal benötigen würden.

### Europäische Verteidigungspolitik

In absoluten Beträgen noch bedeutender wären echte Fortschritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung.

### IN DIESER AUSGABE

Mit Hilfe der Europäischen Union könnten die Mitgliedstaaten Milliarden einsparen . . . . .	1
Berliner Wirtschaft sehr innovationsorientiert . . . . .	2
Zu erwartende Effekte einer Vermögensteuer . . . . .	3
Unternehmen für verbesserten Datentransport . . . . .	4
Nachgefragt: Wie entwickelt sich die chinesische Volkswirtschaft? . . . . .	5
Empfehlungen gegen Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen . . . . .	6
Chancen schaffen für Europas Jugend . . . . .	8
Aktuelle Handlungsfelder grenzüberschreitender Steuerplanung mit Kapitalgesellschaften . . . . .	9
ZEW Intern . . . . .	10
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

gungspolitik. Das Forscherteam hat hier die Bandbreite möglicher Einsparungen errechnet, die sich für die Errichtung von integrierten Landstreitkräften in der EU ergeben würden und beziffert diese auf Beträge zwischen drei Milliarden und neun Milliarden Euro jährlich, ohne dass dadurch die militärische Leistungsfähigkeit verringert würde.

Allerdings enthält die Bertelsmann-ZEW-Studie auch eine Warnung: Die errechneten Kosteneinsparungen lassen sich nur dann realisieren, wenn die Übernahme der neuen Aufgaben durch die EU nicht mit einer Anhebung der Gehälter gegenüber dem nationalen Niveau einhergeht. Würden alle Botschaftsangehörigen oder europäischen Soldaten in Zu-

kunft mit EU-Gehältern bezahlt, dann würde dies unweigerlich alle Chancen auf Kostensenkungen zunichtemachen.

Die Studie „The European Added Value of EU Spending: Can the EU Help its Member States to Save Money?“ finden Sie auf der Homepage der Bertelsmann-Stiftung unter: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

PD Dr. Friedrich Heinemann, [heinemann@zew.de](mailto:heinemann@zew.de)

## Berliner Wirtschaft sehr innovationsorientiert

*Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder neue Verfahren eingeführt haben, lag in Berlin im Jahr 2011 mit 57 Prozent um sieben Prozentpunkte über dem Vergleichswert für Deutschland. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind in der Innovationsleistung in Berlin ganz vorn. Große Unternehmen schneiden allerdings schlechter ab.*

Die Berliner Wirtschaft hat im Jahr 2011 rund 2,87 Milliarden Euro für Produkt- und Prozessinnovationen ausgegeben. Gemessen am Umsatz sind dies 3,1 Prozent und damit etwas weniger als für die deutsche Wirtschaft insgesamt (3,3 Prozent). Die etwas niedrigere Innovationsintensität lag primär an geringeren Ausgaben für Investitionen im Rahmen von Innovationsprojekten. Für die reinen FuE-Ausgaben ergibt sich dagegen eine ähnliche Intensität wie für die deutsche Wirtschaft insgesamt. Dies sind Ergebnisse des ersten Innovationsberichts für Berlin, einem Gemeinschaftsprojekt der Technischen Universität (TU) Berlin und des ZEW.

### Niedrigere Umsätze durch Produktinnovationen

Der Innovationsbericht zeigt ferner auf, dass Berlin Einbußen beim Markterfolg von Innovationen hinnehmen muss. Im Vergleich zu anderen Ballungsräumen in Deutschland erzielen die Berliner Unternehmen niedrigere Umsätze mit neu eingeführten Produkten. Ihr Umsatzbeitrag liegt in Berlin bei 15,2 Prozent, im Vergleich zu 19,8 Prozent in den anderen Großstädten und 17,4 Prozent im ganzen Bundesgebiet. Der niedrigere Produktinnovationserfolg Berlins ist auf die Großunternehmen in der Industrie und struk-

turbedingte Ursachen wie Branchenzusammensetzung und Unternehmensstrukturen zurückzuführen. Kontrolliert man für diese Strukturunterschiede, ergibt sich für Berlin sogar ein höherer Umsatz mit Produktinnovationen.

### Vergleich mit anderen Großstädten

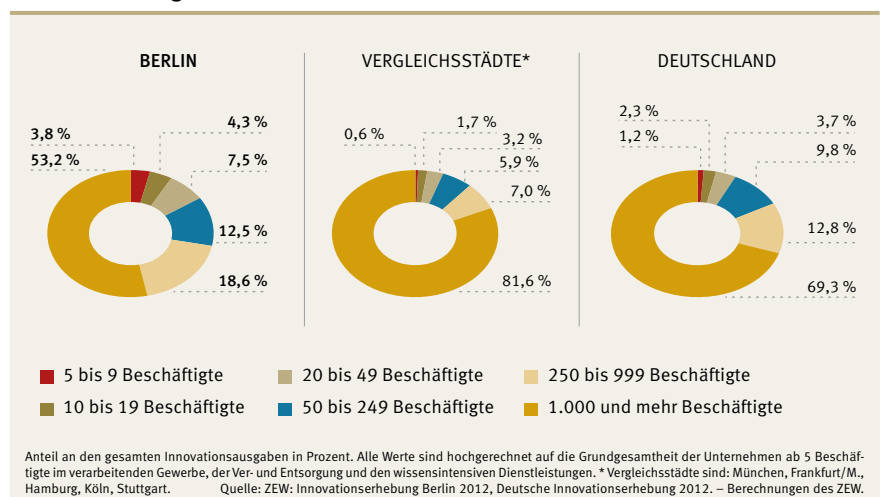
Der Innovationsbericht wurde gemeinschaftlich vom Fachgebiet Innovationsökonomie der Technischen Universität (TU) Berlin geleitet von Prof. Dr. Knut Blind und dem ZEW erstellt. Im Bericht wird erstmals das Innovationsverhalten der Unter-

nehmen im Land Berlin untersucht und mit der deutschen Wirtschaft insgesamt sowie Unternehmen in anderen Großstadregionen Deutschlands verglichen. Ziel der Studie ist es, das Innovationsverhalten der Unternehmen im Land Berlin im Referenzzeitraum 2009 bis 2011 mit einem Ausblick bis 2013 zu erfassen und zu analysieren: Kriterien der Bewertung umfassen die Innovationsbeteiligung, die Ausrichtung der Innovationsaktivitäten, die Höhe der Innovationsausgaben, den Innovationserfolg, FuE-Aktivitäten, Innovationsplanung und Innovationspartnerschaften. Die Ergebnisse beruhen auf den Angaben von 1.727 Berliner Unternehmen. Der Vergleich der Innovationsleistung der Berliner Wirtschaft wird auch im Jahr 2013 fortgesetzt.

Der Innovationsbericht Berlin findet sich unter: [www.zew.de/publikation6981](http://www.zew.de/publikation6981)

Dr. Christian Rammer, [rammer@zew.de](mailto:rammer@zew.de)

### Innovationsausgaben der Unternehmen nach Größenklassen 2011



# Zu erwartende Effekte einer Vermögensteuer

*Die Oppositionsparteien sehen in ihren Programmen für die Bundestagswahl im Herbst eine Wiederbelebung der Vermögensteuer vor. In einer Studie für die Stiftung Familienunternehmen hat das ZEW die Argumente für die Wiederbelebung einer Vermögensbesteuerung diskutiert und mögliche Problembereiche untersucht.*

In der Diskussion um die Wiedereinführung einer Vermögensteuer in Deutschland wird häufig die im OECD-Durchschnitt niedrigere Vermögensteuerquote als Rechtfertigung angeführt. Während im OECD-Durchschnitt der Anteil von vermögensbezogenen Steuern am Gesamtsteueraufkommen bei vier Prozent liegt, beträgt diese Quote in Deutschland nur rund 1,8 Prozent. Diese Diskrepanz ist in erster Linie auf die Grundsteuer zurückzuführen, die in anderen Ländern deutlich stärker ausgeprägt ist. Vermögensteuern werden tatsächlich nur in wenigen Ländern erhoben. Zudem würde eine Wiedereinführung der Vermögensteuer in Deutschland dem internationalen Trend widersprechen: Zahlreiche Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Vermögensteuern abgeschafft, lediglich Frankreich, die Schweiz, Luxemburg, Japan und – zeitlich begrenzt – Spanien halten an ihren Vermögensteuern fest.

## Einmalige Vermögensabgabe

Alle drei Oppositionsparteien planen eine Ausweitung der Vermögensbesteuerung. SPD und Die Linke streben eine Wiederbelebung der seit 1997 nicht mehr erhobenen Vermögensteuer an. Die Linke will ausschließlich das Vermögen natürlicher Personen mit einem Satz von fünf Prozent besteuern. Das Konzept der SPD

sieht einen Steuersatz von einem Prozent für natürliche Personen und Kapitalgesellschaften vor, wobei Kapitalgesellschaften ihr Vermögen nur zur Hälfte versteuern und Anteile an Kapitalgesellschaften zur Hälfte von der Vermögensteuer befreit sind. Dagegen plant Bündnis 90/Die Grünen eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 15 Prozent, die über einen Zeitraum von zehn Jahren beglichen werden kann. Darüber hinaus ist vorgesehen, den Spitzensatz der Einkommensteuer auf 49 Prozent (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) beziehungsweise 53 Prozent (Die Linke) anzuheben und zur progressiven Besteuerung von Kapitaleinkommen zurückzukehren (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) beziehungsweise die Abgeltungsteuer auf 32 Prozent zu erhöhen (SPD). Die Linke strebt zudem die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes von 15 auf 25 Prozent an. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die effektive Steuerbelastung von Unternehmen wurden mit Hilfe des Simulationsmodells „European Tax Analyzer“ quantifiziert.

Wie die Tabelle zeigt, sind die Reformkonzepte der Opposition mit einem signifikanten Anstieg der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften um bis zu 46,49 Prozent bzw. unter Einbezug der Besteuerung auf Ebene der Anteilseigner um bis zu 126,53 Prozent verbunden. Gleichermaßen hohe Mehrbelastungen er-

geben sich, wenn das Unternehmen als Personengesellschaft firmiert. Es zeigt sich ferner, dass die Mehrbelastungen mit zunehmender Eigenkapitalquote sowie im Fall einer Krisensituation, in der die Erträge zeitweilig zurückgehen und die Zinssätze für Fremdkapital ansteigen, noch weiter zunehmen. Die Umsetzung der Reformkonzepte würde die steuerliche Standortattraktivität Deutschlands und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen deutlich verschlechtern.

## Ungleiche Verteilungswirkungen

Eine Vermögensteuer führt nicht unbedingt zu einer gleicheren Vermögensverteilung. Einige Länder mit Vermögensteuern, etwa Norwegen, die Schweiz und Frankreich, weisen eine ungleichere Vermögensverteilung auf als Deutschland. In Bezug auf die Effizienzeigenschaften einer Vermögensteuer ist festzustellen, dass diese im Vergleich zu anderen Steuern mit überproportional hohen Erhebungskosten verbunden und damit fiskalisch wenig ergiebig wäre. Schließlich stehen insbesondere international aktiven Unternehmen verschiedene Planungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Vermögensteuern offen, was zur Verzerrung der Kapitalallokation führen kann.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass von einer Wiedereinführung einer Vermögensteuer abzuraten ist.

Die Studie „Die Folgen von Substanzsteuern für Familienunternehmen, Staat und Gesellschaft“ findet sich unter: [www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)

Maria Theresia Evers, [maria.evers@zew.de](mailto:maria.evers@zew.de)  
Frank Streif, [streif@zew.de](mailto:streif@zew.de)

## Effektive Steuerbelastungen bei Umsetzung der steuerpolitischen Reformüberlegungen

Reformkonzept	Kapitalgesellschaft				Personengesellschaft	
	Unternehmenssteuerbelastung		Gesamtsteuerbelastung		Gesamtsteuerbelastung	
	EUR	Abw. zu 2013 (%)	EUR	Abw. zu 2013 (%)	EUR	Abw. zu 2013 (%)
Deutschland 2013	31.857.473	–	54.971.094	–	55.195.359	–
SPD	35.300.818	10,81	65.960.600	19,99	68.208.853	23,58
Bündnis 90/ Die Grünen	31.857.473	–	74.767.127	36,01	77.297.163	40,04
Die Linke	46.668.941	46,49	124.526.833	126,53	111.014.795	101,13

Quelle: Berechnungen des ZEW

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Unternehmen für verbesserten Datentransport

*Der verzögerungsfreie Transport von Daten ist das Qualitätsmerkmal im Internet, das vorrangig verbessert werden sollte. Dieser Ansicht sind 46 Prozent der rund 500 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sowie der jungen IKT-Dienstleister in Deutschland, die das ZEW im Rahmen einer Studie im Auftrag der Deutschen Telekom AG befragt hat.*

Der verzögerungsfreie Datentransport kann sowohl eine ununterbrochene Verfügbarkeit der Internetanbindung meinen als auch eine möglichst geringe Paketlaufzeit, Paketverlustrate oder durchgängige Verfügbarkeit der Bandbreite zu Spitzenzeiten. Andere Qualitätsmerkmale des Internets sind der ZEW-Umfrage zufolge deutlich weniger wichtig. So wünschen sich nur 19 beziehungsweise 18 Prozent der befragten Unternehmen vorrangig eine Verbesserung der Down- beziehungsweise Uploadbandbreite (siehe nebenstehende Abbildung). Immerhin 17 Prozent der Befragten sehen aktuell keinen Handlungsbedarf bezüglich Qualitätsverbesserungen im Internet.

## Höherer Zahlungsbereitschaften

Um zu erfahren, was den Unternehmen, die sich Qualitätsverbesserungen beim Internetzugang wünschen, diese wert wären, wurden sie vom ZEW nach ihrer Zahlungsbereitschaft gefragt. Bei allen Qualitätskriterien zeigte sich, dass die entsprechenden Unternehmen mehrheitlich bereit sind, eine zehn Prozent höhere Internetgebühr für die genannten Verbesserungen zu bezahlen. Obwohl der Anteil an Unternehmen, die sich Verbesserungen beim verzögerungsfreien Transport ihrer Daten wünschen, am höchsten ist, sind die Unternehmen allerdings eher bereit, mehr Geld für eine höhere Download- oder Uploadbandbreite (83 beziehungsweise 76 Prozent der Unternehmen) auszugeben.

Gefragt nach den Qualitätsmerkmalen, die für sie als Anbieter von Produkten und Dienstleistungen via Internet die größte Bedeutung haben, antworten die Unternehmen, dass der verzögerungsfreie Transport von Daten für sie an vorderster Stelle steht. Knapp 87 Prozent der befragten Unternehmen erachten dieses Quali-

tätsmerkmal als sehr wichtig, weitere elf Prozent als eher wichtig. Im Vergleich dazu rangieren Down- und Uploadbandbreite mit einem relativ höheren Anteil an Unternehmen, die diesen Aspekt nur als wichtig und nicht als sehr wichtig erachten, deutlich dahinter.

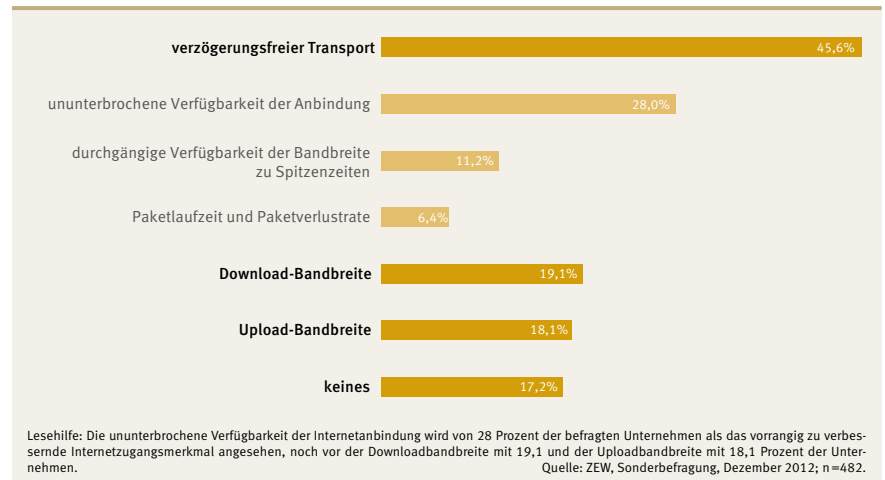
Ebenfalls befragt hat das ZEW die Unternehmen zu ihrer Einstellung zur Priorisierung von Daten. Diese können nach unterschiedlichen Kriterien bevorzugt im Internet transportiert werden. Insgesamt stehen gut 43 Prozent der befragten Un-

zent) und die Priorisierung des ausgehenden Internetverkehrs zu gewissen Tageszeiten (18 Prozent).

## Priorisierung beim Datentransport

Innovative Unternehmen weisen jeweils ein deutlich höheres Interesse an einer kostenpflichtigen Priorisierung auf als nicht-innovative Unternehmen. Innovativ ist ein Unternehmen in der vorliegenden Untersuchung dann, wenn es im Jahr 2012 neue Produkte, neue Dienstleistungen oder neue Geschäftsmodelle eingeführt hat, die ohne das Internet nicht realisierbar gewesen wären. Während rund 27 Prozent der nicht-innovativen Unternehmen Interesse an einer kostenpflichtigen Priorisierung nach Empfänger äußern, liegt der Anteil bei den

## Vorrangig zu verbesserndes Qualitätsmerkmal des Internetzugangs



ternehmen einer kostenpflichtigen Priorisierung beim Datenverkehr positiv gegenüber. Bei der Unterscheidung nach drei Priorisierungstypen, der Priorisierung nach Empfänger, nach Dienst oder nach Tageszeit, wird die bevorzugte Durchleitung von Daten an bestimmte Empfänger als die wichtigste Form der Priorisierung angesehen. Rund 31 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass diese Form der bevorzugten Behandlung ihnen grundsätzlich weiterhelfen würde. An zweiter Stelle folgt die bevorzugte Durchleitung von bestimmten Diensten (22 Pro-

zent, ein Unterschied von rund zehn Prozentpunkten. Der Unterschied beträgt bei der Priorisierung nach Tageszeit ebenfalls zehn Prozentpunkte und ist bei der bevorzugten Durchleitung von bestimmten Diensten mit einer Differenz von 16 Prozentpunkten noch einmal deutlich höher.

Die Studie findet sich unter: [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW\\_Qualitaetsdifferenzierung\\_2013.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_Qualitaetsdifferenzierung_2013.pdf)

Prof. Dr. Irene Bertschek, [bertschek@zew.de](mailto:bertschek@zew.de)  
Dr. Jörg Ohnemus, [ohnemus@zew.de](mailto:ohnemus@zew.de)  
Ulrich Laitenberger, [laitenberger@zew.de](mailto:laitenberger@zew.de)



Nachgefragt: Wie entwickelt sich die chinesische Volkswirtschaft?

## China hat weiterhin viel ökonomisches Potenzial

*China spielt eine immer größere Rolle für die Weltwirtschaft. Im Reich der Mitte zeigen sich jedoch auch ernsthafte wirtschaftliche Probleme. Im Interview erläutert Dr. Gunnar Lang, Leiter der neuen Konjunkturumfrage zu China, die das ZEW gemeinsam mit der Fudan Universität ins Leben gerufen hat, Chinas ökonomische Situation.*



Foto: ZEW

Das ZEW und die Fudan Universität haben eine monatliche Erhebung von Konjunktur- und Finanzdaten zur Entwicklung Chinas ins Leben gerufen.

**Gemeinsam mit der Fudan Universität hat das ZEW das „China Economic Panel“ (CEP) gestartet, um monatlich Konjunktur- und Wirtschaftsdaten des Landes zu erheben. Warum nimmt das ZEW die chinesische Volkswirtschaft in den Blick?**

China ist mittlerweile neben den Vereinigten Staaten zur globalen Konjunkturlokomotive aufgestiegen. Gleichzeitig kämpft das Land jedoch mit rückläufigen beziehungsweise schwankenden Wachstumsraten und die chinesische Wirtschaft ist insgesamt viel volatil geworden. Deshalb ist es unser Ziel, mit dem China Economic Panel einen Frühindikator für Chinas gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu etablieren, der wichtige Trendänderungen frühzeitig erkennen lässt. Durch die Zusammenarbeit mit unseren Partnern von der Fudan Universität stellen wir sicher, dass wir auch Experteneinschätzungen aus China selbst in die Befragung einbeziehen und so eine fundierte Innenansicht zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erhalten.

**Um die sinkenden Wachstumsraten aufzuhalten versucht die chinesische Regierung die Wirtschaftsstruktur umzukrempeln. Langfristig soll unter anderem weniger auf Export gesetzt, dafür aber der Binnenkonsum stimuliert werden. Wie kann die Strategie aufgehen?**

Langfristig hat China durch den großen Binnenmarkt ein enormes Nachfragepo-

tenzial. Die Löhne und folglich auch die individuellen Vermögen sind in den letzten Jahren zwar stark angestiegen, jedoch ist der Haushaltskonsum geringer, im Vergleich mit anderen Ländern auf ähnlichem Entwicklungsstand. Das Konsumverhalten wird sich aber anpassen. Aktuell zielen einzelne Reformmaßnahmen der Regierung auch auf eine Verbesserung der Qualität von Produkten einheimischer Unternehmen.

**In Chinas Industriezentren steigen die Löhne. Einige Branchen, etwa die Textil- und Schuhindustrie, wandern deshalb bereits in Regionen und teilweise auch in andere Länder ab, wo die Löhne niedriger sind. Was bedeutet das für die chinesische Wirtschaft insgesamt?**

Durch die steigenden Lohnstückkosten in der Küstenregion werden sich Unternehmen weiter in das Landesinnere verlagern und dort Arbeitsplätze schaffen. Diese Tendenz ist jedoch vor dem Hintergrund der angestrebten Ziele Chinas nachvollziehbar. Im aktuellen Fünfjahresplan der Regierung wird ein Anstieg der Fertigungstiefe in der Wertschöpfungskette und die Entwicklung der westlichen Regionen Chinas gefordert. Gleichzeitig werden in China Industriezonen errichtet, um Spezialisten und zukunfts-trächtige Dienstleistungsunternehmen anzuziehen. Das Entwicklungsgebiet Liangjiang ist hierfür ein Beispiel. Diese Industriezone hat die Größe von Berlin und

Das „China Economic Panel“ (CEP) ist ein Gemeinschaftsprojekt des ZEW und der Fudan Universität in Shanghai. Es befragt ab Oktober 2013 monatlich China-Experten aus Finanz-, Research- und volkswirtschaftlichen Abteilungen von Banken, Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften und Industrieunternehmen in China, Deutschland und weltweit zu verschiedenen Konjunktur- und Wirtschaftsdaten. Die Experten werden etwa um ihre Einschätzung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage des Landes sowie zur erwarteten konjunkturellen Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten gebeten. Darüber hinaus werden die Experten zu ausgewählten Finanz- und Fundamentaldaten der Volksrepublik befragt, beispielsweise zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, zur Entwicklung von Inflation, Zinssätzen, verschiedenen Börsenindizes, Wechselkursen oder Immobilienpreisen. Von den Teilnehmern des CEP werden zum Teil Punkt- zum Teil Richtungsprognosen abgegeben.

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

München zusammen und es gibt dort bereits eines der größten Cloud-Computing-Zentren der Welt.

**Bei der Finanzierung der Staatsunternehmen haben sich die chinesischen Banken offenbar übernommen. Sie drohen unter ihrem Schuldenstand zusammenzubrechen. Ist davon auszugehen, dass es in China zu einer Finanzkrise mit internationalen Auswirkungen kommt?**

Ein Zusammenbruch des Finanzsystems in China ist sehr unwahrscheinlich. Es stimmt aber, wir beobachten in China sehr hohe Kreditwachstumsraten. Dies ist grundsätzlich deshalb problematisch, weil zu rasantes Kreditwachstum als Indikator für Krisenzeiten gilt. Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten ist die Menge an Krediten um 40 Prozent in den sechs Jahren vor der Krise angewachsen, in China in den letzten sechs Jahren um 70 Prozent. Jedoch ist China in zweierlei Hin-

**Dr. Gunnar Lang** ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Unternehmensfinanzierung sowie Immobilienmärkte. Dazu arbeitet er an Drittmittelprojekten, beispielsweise für die Europäische Kommission, Bundesministerien und Unternehmen. Er ist verantwortlich für den ZEW-Finanzmarkttest China, das „China Economic Panel“ (CEP), sowie das ZEW PwC Wirtschaftsbarometer China.



Foto: ZEW

sicht anders: Die Sparquote liegt bei etwa 50 Prozent des BIPs und die Zentralregierung hatte im Jahr 2012 nur einen Schuldenstand von 26 Prozent, wobei man zusammen mit den Schulden der Lokalregierung auf eine Schuldenquote von 45 Prozent kommt, was China aber immer noch Flexibilität einräumt. Die Zentralre-

gierung ergreift darüber hinaus bereits Maßnahmen, um das Kreditwachstum zu hemmen, die Innovationskraft der inländischen Unternehmen zu stärken und die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen durch zusätzliches Kapital von neuen Investoren zu verbessern.

Dr. Gunnar Lang, lang@zew.de

## Empfehlungen gegen Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen

*Ein gemeinsames Positionspapier des ZEW und der Universität Mannheim analysiert Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Gewinnverlagerung durch multinationale Unternehmen. Besonders zu empfehlen ist die international koordinierte Ausweitung der Erhebung von Quellensteuern auf Zins- und Lizenzzahlungen.*



Weltweit agierende Konzerne stehen in der Kritik, weil sie mit Hilfe komplexer Steuerplanungsstrategien ihre Steuerlast auf ein Minimum reduzieren.

Einige bekannte multinationale Konzerne wie Google und Apple stehen derzeit in der Kritik, weil sie mit Hilfe komplexer Steuerplanungsstrategien Gewinne aus Hoch- in Niedrigsteuerländer verlagern und dadurch ihre weltweite Steuerlast auf ein Minimum reduzieren. Sowohl die OECD als auch die EU haben diesen aggressiven aber durchaus legalen Steuervermeidungspraktiken nun den Kampf angesagt. Erst vor Kurzem stellte die OECD beim Treffen der G20-Finanzminister in Moskau einen 15 Maßnahmen umfassenden Aktionsplan gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerung durch multinationale Unternehmen vor. Diese 15 Maßnahmenpunkte sollen innerhalb der nächsten beiden Jahre näher konkretisiert werden. Die EU-Kommission hatte zuvor bereits Ende letzten Jahres erste Empfehlungen zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung veröffentlicht.

Bei der Vielzahl an aktuell diskutierten Vorschlägen stellt sich die Frage, welche Reformoptionen zur Verhinderung von

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Steuervermeidung und Gewinnverlagerung durch multinationale Unternehmen tatsächlich geeignet, wirtschaftlich unschädlich und kurzfristig umsetzbar sind. Ein gemeinsamer Beitrag des ZEW und der Universität Mannheim (ZEW-Discussion Paper Nr. 13-044) erörtert diese Frage und gibt Handlungsempfehlungen. Das Positionspapier erläutert zudem prominente Steuerplanungsstrategien multinationaler Unternehmen und zeigt Schwachstel-

dem dürfte sich die hierfür notwendige Definition schädlicher Besteuerungsregime schwierig gestalten.

#### Unilaterale Maßnahmen ungeeignet

Als eine weitere effektive Handlungsalternative wird die Stärkung der Quellenbesteuerung hervorgehoben. Die aktuelle Debatte fokussiert sich diesbezüglich stark auf unilaterale Maßnahmen, wie

und gleichzeitig, bei Anrechnung der im Ausland gezahlten Quellensteuern durch den Wohnsitzstaat, Doppelbesteuerung und eine Beeinflussung von Investitionsentscheidungen verhindert. Es überrascht, dass diese Handlungsoption derzeit weder von der OECD noch auf Ebene der EU in Betracht gezogen wird. Das Positionspapier betont jedoch auch, dass es für eine verstärkte Erhebung von Quellensteuern einiger Modifikationen des geltenden Rechts bedarf. So müssten die EU-Zins- und Lizenzrichtlinie sowie bestehende Doppelbesteuerungsabkommen geändert werden. Inwieweit hierzu bei den Mitgliedsstaaten Bereitschaft besteht, hängt von den (noch zu analysierenden) Auswirkungen der Maßnahmen auf das Steueraufkommen der einzelnen Länder ab.

#### Weitere Reformoptionen

Des Weiteren diskutiert das Positionspapier fundamentale Reformoptionen, wie zum Beispiel eine formelhafte Gewinnaufteilung oder eine am Bestimmungsland anknüpfende Steuer. Es wird argumentiert, dass diese Reformalternativen das Potenzial haben, zentrale Probleme der derzeitigen Besteuerung multinationaler Unternehmen zu beseitigen, sie hinsichtlich ihrer konkreten Ausgestaltung, Wirkung und Umsetzbarkeit aber auch noch viele Fragen aufwerfen. Langfristig ist es sinnvoll, solche Ansätze weiter voranzutreiben.

In der aktuellen Debatte werden zudem zunehmend Forderungen nach verschärften Berichts- und Transparenzvorschriften, wie zum Beispiel country-by-country reporting, laut. Das Positionspapier zeigt, dass Maßnahmen dieser Art Steuerreformen nicht ersetzen können und strengeren Berichts- und Transparenzanforderungen rechtliche Beschränkungen entgegenstehen. Ferner ist es fraglich, ob der Nutzen solcher Regelungen den administrativen Aufwand und die daraus resultierenden Kosten rechtfertigt.

Weitere Informationen zum Thema finden sich im ZEW Discussion Paper Nr. 13-044 zum Download unter: [www.zew.de/publikation7041](http://www.zew.de/publikation7041)

Hannah Nusser, [hnusser@uni-mannheim.de](mailto:hnusser@uni-mannheim.de)  
Dr. Katharina Finke, [finke@zew.de](mailto:finke@zew.de)



Foto: © blowbackphoto/iStockphoto

Eine international koordinierte Erhebung von Quellensteuern auf Zins- und Lizenzzahlungen kann helfen, Steuervermeidung und Gewinnverlagerung entgegenzuwirken.

len im bestehenden Steuersystem auf. Ferner wird ein Überblick über empirische Erkenntnisse zu Existenz und Ausmaß von Gewinnverlagerung durch internationale Konzerne gegeben.

Eine stärkere Besteuerung multinationaler Unternehmen im Wohnsitzstaat, zum Beispiel durch strengere Regelungen zur Hinzurechnungsbesteuerung, wird von den Autoren als ein effektiver Ansatz zur Bekämpfung von Steuervermeidung identifiziert. Der Beitrag zeigt jedoch auch, dass einige Länder ihre Wohnsitzbesteuerung absichtlich schwächen, um dadurch Investitionen anzuziehen oder ansässigen Unternehmen im Ausland einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Auf die freiwillige Umsetzung von Reformmaßnahmen zur Stärkung der Wohnsitzbesteuerung in diesen Ländern zu warten, stellt daher keine realistische Handlungsoption dar. Ob zum Beispiel durch einen verbindlichen Verhaltenskodex ausreichend Druck auf einzelne Länder ausgeübt werden kann, erscheint fraglich. Zu-

zum Beispiel Abzugsbeschränkungen für Zins- und Lizenzzahlungen sowie die von der EU-Kommission vorgeschlagene Einführung einer europaweit einheitlichen generellen Anti-Missbrauchsklausel. In dem Positionspapier wird aufgezeigt, dass beide Handlungsoptionen nicht empfehlenswert sind, da Abzugsbeschränkungen fast unweigerlich zu einer Doppelbesteuerung führen und eine generelle Anti-Missbrauchsklausel für eine wirksame Bekämpfung aggressiver Steuerplanungsmodelle ungeeignet ist.

#### Erhebung von Quellensteuern auf Zins- und Lizenzzahlungen

Als besonders empfehlenswerte Reformoption wird hingegen eine international koordinierte verstärkte Erhebung von Quellensteuern auf Zins- und Lizenzzahlungen herausgestellt. So zeigt das Papier, dass eine solche Maßnahme effektiv prominente Steuerplanungsstrategien multinationaler Konzerne angreift



## Chancen schaffen für Europas Jugend

*Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, referierte Ende Juni 2013 am ZEW über das Thema „Chancen schaffen für Europas Jugend“. Die Bundesministerin sprach vor rund 200 Gästen im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“. Diese wird vom Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW unterstützt.*



Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen während ihres Vortrags am ZEW.

Arbeitsministerin von der Leyen plädierte in ihrem Vortrag vor allem für stabile, duale Ausbildungsstrukturen und eine größere Mobilität der Jugendlichen in Europa. Von 25 Millionen Arbeitslosen in Europa seien derzeit rund sechs Millionen unter 25 Jahre alt, sagte die Ministerin. Diese hohe Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem in vielen Ländern Südeuropas herrsche, stelle eine Gefahr für die Demokratie dar. „Einst bedeutete Europa Zukunft“, sagte von der Leyen. Für viele Jugendliche heute stelle Europa hingegen eine Zerreißprobe dar.

### Früher „kranker Mann Europas“

Deutschland sei mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit derzeit nicht so stark belastet wie seine Nachbarn, sagte die Arbeitsministerin. Sie rief jedoch in Erinnerung, dass der Arbeitsmarkt auch hierzulande in der Vergangenheit nicht immer robust gewesen sei, so habe Deutschland noch etwa vor zehn Jahren als der „kranke Mann Europas“ gegolten. Die Ministerin ging sodann in ihrem Vortrag auf

mögliche Lösungsansätze für das Problem hoher Jugendarbeitslosigkeit in Europa ein. Eine rasche Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten sei dringend notwendig. Die Not in den Krisenländern müsse schnell gelindert werden, bevor sie in Gewalt umschlage, wie es jüngst etwa in Schweden der Fall gewesen sei. Daher forderte die Ministerin Investitionen in langfristige und nachhaltige europäische Ausbildungsplätze, um die Jugend-

arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Ministerin verdeutlichte den Vorteil des dualen Ausbildungssystems, welches auch in Deutschland praktiziert wird. In Südeuropa hingegen sei die duale Ausbildung bisher nicht bekannt und die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Sie plädierte daher für ein duales Ausbildungssystem, sagte von der Leyen. Der Staat solle Berufsschulen bauen, während die Privatwirtschaft der Krisenländer die Ausbildungsstellen zur Verfügung stellen solle.

Des Weiteren sollten die zahlreichen nicht besetzten Ausbildungsplätze in Deutschland in Zukunft europaweit vermittelt werden. Die Förderung der Mobilität und Freizügigkeit in Europa sei ein erster Schritt, um die Krise zu lösen.

In den Vereinigten Staaten zögen 16 Mal so viele Menschen wie in Europa wegen des Jobs über die Staatsgrenzen hinweg, sagte von der Leyen. Bestehende Sprachbarrieren in Europa, die zweifellos ein Hindernis darstellten, könnten mit vom Staat finanzierten Sprachkursen überwunden werden. Ein europäisches System zur Vermittlung von Ausbildungsstellen wiederum könnte über die bestehenden Ausbildungsangebote europaweit informieren – ein solches System fehle allerdings bislang. „Wir müssen den Jugendlichen eine Perspektive in Europa bieten, sonst wandern sie ab und suchen ihre Chancen beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Kanada“, warnte die Arbeitsministerin.

Elisa Jendrusch, jendrusch@zew.de

### ZEW INTERN

#### Neues ZEW-Seminarprogramm erschienen

Das neue ZEW-Seminarprogramm ist erschienen. Von September 2013 bis Juni 2014 bietet das ZEW wieder zahlreiche Expertenseminare zu aktuellen Themen an. Die ZEW-Expertenseminare zeichnen sich dadurch aus, dass sie gemeinsam von Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern konzipiert und durchgeführt werden. Dadurch werden aktuelle Forschungsergebnisse mit Erfahrungen aus der beruflichen Praxis verbunden. Das Themenspektrum der ZEW-Seminare reicht von Ökonometrie über Finanzmarktanalyse und -management bis hin zu Unternehmensführung und Organisation. Neu im Programm sind unter anderem die Expertenseminare „Social Software im Unternehmen“ und „Ökonometrische Ermittlung von Kartellschäden“.

Weitere Informationen unter [www.zew.de/weiterbildung](http://www.zew.de/weiterbildung) oder bei Silvana Arndt, E-Mail [arndt@zew.de](mailto:arndt@zew.de)



# Aktuelle Handlungsfelder grenzüberschreitender Steuerplanung mit Kapitalgesellschaften

*Beim Mannheimer Unternehmenssteuertag von ZEW und Universität Mannheim beleuchteten Referenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung Fragen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung. Die diesjährige Veranstaltung am 20. Juni 2013 widmete sich der grenzüberschreitenden Steuerplanung mit Kapitalgesellschaften.*

Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim und Research Associate am ZEW) konnte als Initiator der Veranstaltung rund 130 Teilnehmer und Teilnehmerinnen zum Unternehmenssteuertag 2013 begrüßen. Im Eingangsvortrag stellte Prof. Dr. Jürgen Lüdicke (Partner bei PwC und Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Steuerrecht an der Universität Hamburg) die im April erschienene deutsche Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen vor. Er gab dabei einen umfassenden Überblick über die Abweichungen zum OECD-Musterabkommen und zur bisherigen Abkommens-

tionen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs „National Grid Indus“ für die Besteuerung stiller Reserven im Falle des Wegzugs von Kapitalgesellschaften ins europäische Ausland. Im Hinblick auf den deutschen Gesetzgeber mahnte er an, im Bereich der Entstrickungsbesteuerung nicht bis an die Grenze dessen zu gehen, was europarechtlich noch zulässig sei.

Ganz im Sinne des Mannheimer Unternehmenssteuertags, den Austausch zwischen Wissenschaft, Finanzverwaltung und Praktikern zu fördern, gab Dr. Bernd Niess (Head of Tax der Daimler Group) einen Einblick in das Management steuer-

Steuerberichterstattung und das steuerliche Risikomanagement ihn und seine Mitarbeiter mittlerweile fast vollständig. Im Hinblick auf die aktuelle Debatte um aggressive Steuerplanung multinationaler Konzerne betonte er die Bedeutung des „Good Citizenship“-Gedankens für sein Unternehmen.

## Workshops am Nachmittag

Drei Workshops boten ein Forum, um mit Vertretern aus Steuerberatung und Finanzverwaltung aktuelle Probleme zu diskutieren. Oberregierungsrat Thomas Rupp (Finanzministerium Baden-Württemberg) und Dr. Hartmut Winkler (Ernst & Young) beleuchteten aktuelle Brennpunkte des Außensteuergesetzes. Dabei wies Dr. Winkler insbesondere darauf hin, dass mehrere EU-Staaten in den letzten Jahren durch Steuersatzsenkungen in den Anwendungsbereich des Außensteuergesetzes „hineingewachsen“ seien. Infolgedessen drohten auch Gestaltungen, die nicht als missbräuchlich anzusehen seien, in den Anwendungsbereich der Hinzurechnungsbesteuerung zu fallen.

Dr. Marius Helios (KPMG) und Dr. Carsten Meinert (Finanzgericht Köln) thematisierten die Finanzierung und Absicherung von Auslandsbeteiligungen. Lebhaft diskutiert wurden dabei insbesondere die Überlegungen der Referenten zur bilanziellen und steuerlichen Behandlung von Bewertungseinheiten aus Grund- und Sicherungsgeschäften im Kontext der Absicherung von Währungsrisiken.

Dr. Jens Schönfeld (Flick Gocke Schaumburg) und Andreas Benecke (Bundesministerium der Finanzen) widmeten sich der Besteuerung von Inbound- und Outbound-Dividenden. Sie machten es sich unter anderem zur Aufgabe, Licht in den „Erstattungswirrwarr“ bei der Erstattung von Quellensteuern im Inbound-Fall zu bringen, da dieser zu Rechtsunsicherheit und hohem administrativen Aufwand auf Seiten der Steuerpflichtigen führe.

Lisa Evers, [evers@zew.de](mailto:evers@zew.de)



Der Mannheimer Unternehmenssteuertag wird jährlich von der Uni Mannheim und dem ZEW ausgerichtet.

praxis. Nach Einschätzung von Prof. Lüdicke ist die Verhandlungsgrundlage grundsätzlich zu begrüßen, sie bedürfe jedoch der Weiterentwicklung.

Prof. Dr. Dietmar Gosch, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, widmete sich dem Thema Mobilität von Kapitalgesellschaften und Europarecht. In diesem Zusammenhang erläuterte er die Implika-

tionen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs „National Grid Indus“ für die Besteuerung stiller Reserven im Falle des Wegzugs von Kapitalgesellschaften ins europäische Ausland. Im Hinblick auf den deutschen Gesetzgeber mahnte er an, im Bereich der Entstrickungsbesteuerung nicht bis an die Grenze dessen zu gehen, was europarechtlich noch zulässig sei. Ganz im Sinne des Mannheimer Unternehmenssteuertags, den Austausch zwischen Wissenschaft, Finanzverwaltung und Praktikern zu fördern, gab Dr. Bernd Niess (Head of Tax der Daimler Group) einen Einblick in das Management steuer-

licher Risiken eines grenzüberschreitend tätigen deutschen Konzerns. Er zeigte auf, wie stark sich das Aufgabenspektrum des Steuerbereichs in den vergangenen Jahren gewandelt hat. Die ehemals im Vordergrund stehende Steuerplanung sei mittlerweile von untergeordneter Bedeutung, sagte Niess. Dagegen beschäftigten die Befolgung steuerlicher Pflichten, die

## ZEW INTERN

## ZEW-Studie mit Best Paper-Award ausgezeichnet



Die ZEW- Wissenschaftler Bradler und Warnke (v.l.)

Die Studie „Rewards and performance: A comparison across creative and routine tasks“ von den ZEW-Forschern Christiane Bradler, Susanne Neckermann und Arne Jonas Warnke wurde auf dem 16. Kolloquium zur Personalökonomie Ende Februar 2013 mit einem prämierten Best-Paper-Award ausgezeichnet. Ausgelobt wurde die Auszeichnung von der Fachzeitschrift „PERSONALquaterly“. In ihrem prämierten Papier vergleichen die Autoren mittels eines Laborexperiments die Wirkung verschiedenen gestalteter Bonuszahlungen auf die Arbeitsleistung bei einfachen Routinetätigkeiten und bei Aufgaben, die kreatives Denken erfordern. Der Best Paper-Award wird für qualitativ hochwertige Forschung vergeben, die mit einer hohen Relevanz für Personalverantwortliche verbunden ist. Christiane Bradler und Arne Jonas Warnke

arbeiten im Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW, Susanne Neckermann ist ZEW Research Fellow und Assistant Professor an der Erasmus University Rotterdam.

## Volksbank Weinheim Stiftung und ZEW loben neuen Wissenschaftspreis aus

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Region loben die Volksbank Weinheim Stiftung und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung zwei Wissenschaftspreise aus. Prämiert werden die beste Dissertation (3.000 Euro) und die beste studentische Masterarbeit (2.000 Euro) zu dem Thema „Zukunft der Arbeitswelt“.

Hierzu können Arbeiten aus Themengebieten wie zum Beispiel „Demografischer Wandel“, „Arbeitsbedingungen in Betrieben“, „Effektiver Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien“ oder auch „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ eingereicht werden, die an einer Universität in der Metropolregion Rhein-Neckar (Mannheim, Heidelberg oder Landau) sowie an den Universitäten Karlsruhe oder Darmstadt entstanden sind. Arbeiten können bis zum 31. Oktober 2013 eingereicht werden bei der Volksbank Weinheim Stiftung, Bismarckstraße 1, 69469 Weinheim. Die Verleihung der Preise wird am 16. Januar 2014 im Rahmen des Neujahrsempfangs der Volksbank Weinheim eG stattfinden. Weitere Informationen, sowie die detaillierten Vor-

aussetzungen für eine Einreichung, finden Interessierte in dem Flyer „Wissenschaftspreis - Zukunft der Arbeitswelt“, der in vielen Fachbereichen der Hochschulen ausliegt oder über die Volksbank Weinheim Stiftung angefordert werden kann.



v.l. Wolf-Dietrich Möller, Manfred Soßong (beide Volksbank Weinheim) und Thomas Kohl (ZEW).

## Wissenschaftler der Universität Bonn mit Heinz König Young Scholar Award ausgezeichnet



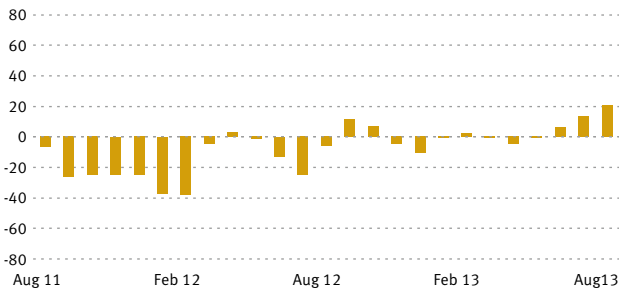
Dr. Fridolin Scheuerle mit Patrick Hürtgen, dem Gewinner des Heinz König Young Scholar Award.

Der Heinz König Young Scholar Award des ZEW geht in diesem Jahr an Patrick Hürtgen von der Universität Bonn. Das ZEW würdigt damit Hürtgens Untersuchungen zum Zusammenhang von Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten. Der jährlich vom ZEW verliehene Heinz König Young Scholar Award ist mit 5.000 Euro dotiert und beinhaltet zusätzlich das Angebot eines mehrmonatigen Forschungsaufenthalts am ZEW. Der Forschungspreis wurde in diesem Jahr von Dr. Fridolin Scheuerle, Mitglied im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V., gesponsert.

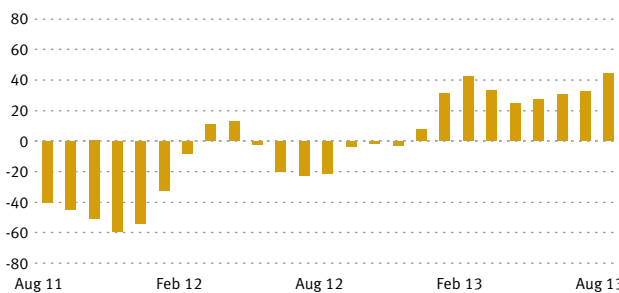
In der gegenwärtigen Krise treten hohe Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite häufig gemeinsam auf. Das prämierte Papier von Patrick Hürtgen (verfasst mit Ronald Rühmkorf) zeigt empirisch, dass die Korrelation zwischen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten vom Schuldenstand abhängt. Unter einer staatlichen Schuldenquote von 83 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite positiv korreliert, das heißt, sie nehmen in ähnlicher Weise zu oder ab. Liegt die Schuldenquote hingegen über diesem Wert, ist kein Zusammenhang mehr erkennbar.

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im August 2013**



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

**EZB: Höhere Inflationsrate in Europa erwartet**

Mittelfristig werden die Leitzinsen der EZB auf ihrem aktuellen Niveau oder darunter liegen. Dies gab EZB-Präsident Draghi nach der Sitzung des Europäischen Zentralbankrates am 1. August bekannt. Die EZB erwartet, dass die durchschnittliche Inflation im Euroraum, die derzeit bei 1,6 Prozent liegt, in den nächsten Monaten nicht wesentlich zunehmen wird. Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten gehen hingegen zunehmend von einem Anstieg der Teuerungsrate in Europa aus. Der entsprechende Indikator stieg um 7,1 Punkte auf 20,5 Punkte.

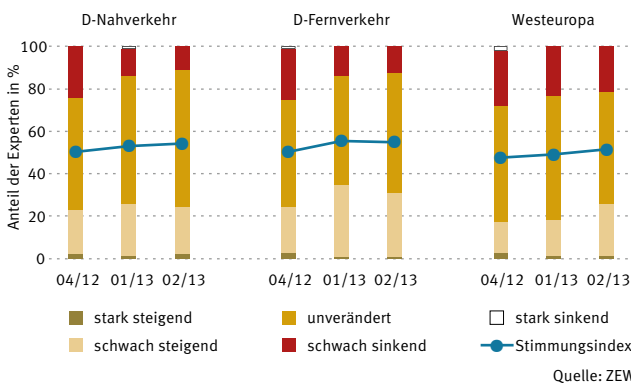
Jesper Riedler, riedler@zew.de

**Eurozone: Konjunkturerwartungen verbessert**

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im August deutlich verbessert. Die Hoffnung, dass die europäischen Volkswirtschaften die Talsohle durchschritten haben könnten, führt zu einem Anstieg des entsprechenden Indikators um 11,2 Punkte auf 44,0 Punkte. Das ist der höchste Stand seit April 2010. Ebenfalls bemerkenswert ist der geringe Anteil negativer Prognosen. Nur 6,4 Prozent der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten rechnen auf Sicht eines halben Jahres mit einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage im Euroraum.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

**Verhaltene Erwartungen für den Straßengüterverkehr**

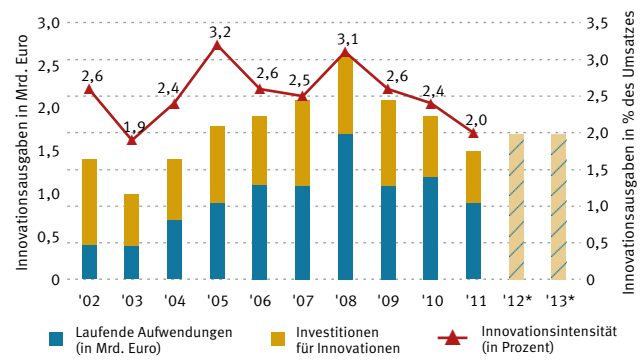


Quelle: ZEW

Der Straßengüterverkehr hat in den vergangenen Jahren konjunkturelle Höhen und Tiefen erlebt: Die Höhenflüge der Jahre 2007 und 2008 wurden bislang aber nicht wieder erreicht. Auch aktuell sind die konjunkturellen Dämpfer zu spüren: Die mautpflichtigen Fahrleistungen nahmen in den ersten vier Monaten 2013 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,5 Prozent ab. Entsprechend verhalten sehen die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans / ZEW das kommende halbe Jahr, wenngleich ein Viertel bis ein Drittel der Befragten – je nach Relation – ein leichtes Wachstum erwartet.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

**Medienwirtschaft legt bei Innovationsausgaben wieder zu**



\* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2012

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Nach drei Jahren mit rückläufigen Innovationsbudgets haben die Unternehmen der deutschen Medienwirtschaft (Verlage, Druck, Film, Rundfunk) im Jahr 2012 ihre Investitionen in neue Produkte und Verfahren wieder ausgeweitet. Nachdem die Innovationsausgaben 2011 mit 1,55 Milliarden Euro das niedrigste Niveau seit 2004 erreicht hatten, wurde für 2012 eine Steigerung auf 1,68 Milliarden Euro (plus neun Prozent) in Aussicht genommen. Gleichwohl bleiben die Innovationsbudgets deutlich hinter dem Höchststand von 2008 (2,58 Milliarden Euro) zurück. Dies weist auf das weiterhin schwierige Marktumfeld hin.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Hat die Finanzpolitik die Entlastung durch niedrige Zinsen richtig genutzt?

Was würden wir einem Ehepaar ohne Kinder empfehlen, das in folgender Lage ist? Es ist hoch verschuldet, weil es lange über seine Verhältnisse gelebt hat.

Das Eigenheim ist schön angestrichen, aber marode, es drohen hohe Reparaturkosten. Das Ehepaar hat keine Ersparnisse für das Alter aufgebaut. Nun gewinnen die beiden überraschend im Lotto, leider nur mit fünf Richtigen, dafür gibt es 50.000 Euro. Das ist nicht genug, um die finanziellen Sorgen zu beseitigen, aber trotzdem viel Geld. Wir würden empfehlen, den Gewinn auf keinen Fall für Konsum auszugeben, sondern Schulden abzubauen.

Der deutsche Staat ist in einer ähnlichen Lage wie dieses Ehepaar – die Schulden sind hoch, und wegen der Eurokrise drohen Lasten in unbekannter Höhe. Die Bevölkerung schrumpft. Unter den Finanzministern der letzten Dekade hat zwar meines Wissens keiner im Lotto gewonnen, aber sie hatten trotzdem Glück: Die Entwicklungen an den Kapitalmärkten haben ihnen massive Entlastungen durch sinkende Zinsen beschert. Das Bundesfinanzministerium hat berechnet, dass der Bund allein in den Jahren 2010 bis 2014 um rund 41 Milliarden Euro entlastet wird. Das ist aber nur der Höhepunkt eines längeren Trends. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Zinsausgaben am Bundeshaushalt noch knapp 16 Prozent. Seitdem ist dieser Anteil gesunken, im Jahr 2005 lag er bei 14 Prozent, im Jahr 2010 knapp unter elf Prozent und 2012 sogar unter zehn Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Schulden massiv gestiegen, die des Bundes um rund 40 Prozent. Wenn die Zinsausgaben seit dem Jahr 2000 ebenfalls um 40 Prozent angestiegen wären, müssten im Bundeshaushalt dafür heute 55 Milliarden Euro aufgebracht werden. Tatsächlich betragen die Zinsausgaben nur 30 Milliarden Euro. Was sollte der Staat mit dem Geldsegen tun?

Eine Volkswirtschaft ist nicht das gleiche wie ein privater Haushalt, trotzdem wäre es richtig, Schulden abzubauen. Wie beim Lottogewinn handelt es sich um eine einmalige Entlastung. Man kann zwar theoretisch zweimal im Lotto gewinnen, aber verlassen sollte man sich darauf lieber nicht. Das gilt auch für die Zinsen – sie werden wieder steigen. Hat die Politik das Richtige getan und die Entlastungen zum Schuldenabbau verwendet? Wenn man den Anteil des Bundeshaushalts am Bruttoinlandsprodukt als Maßstab nimmt, kommt man zu einem negativen Urteil. Die Gesamtausgaben des Bundes betragen im Jahr 2000 knapp zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und daran hat sich bis 2012 trotz sinkender Zinsausgaben wenig geändert. Das Geld ist für Anderes verwendet worden, in erster Linie für Sozialausgaben. Der Zuschuss des Bundes zu den Sozialversicherungen ist von rund 30 Prozent des Bundeshaushalts im Jahr 2000 auf heute knapp 37 Prozent angestiegen. Diese Mehrausgaben entsprechen ungefähr den Minderausgaben für Zinsen. Zwar ist auch die Nettokreditaufnahme gesunken, aber das liegt an höheren Steuereinnahmen.

Was folgt daraus? Die deutsche Finanzpolitik der letzten Dekade hat die Chance verpasst, das Geschenk niedriger Zinsen einzusetzen, um Schulden zu senken. Der durch die Alterung der Bevölkerung bedingte Druck zu höheren Sozialausgaben wird anhalten. Die Zinsausgaben werden sich von einem entlastenden zu einem belastenden Faktor entwickeln. Darauf sind die öffentlichen Finanzen nicht vorbereitet. Die Politik verlangt von den Bürgern, für die Zukunft vorzusorgen. Sie sollte mit gutem Beispiel vorangehen.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [gruettmann@zew.de](mailto:gruettmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013